

**Verordnung  
des Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Verbraucherschutz  
über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Sächsischen  
Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz  
(Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellenförder-  
verordnung – SächsSchKGAGFördVO) <sup>1</sup>**

Vom 23. Dezember 2008

Es wird verordnet aufgrund von:

1. § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 des [Gesetzes über die Verwaltungsorganisation des Freistaates Sachsen \(Sächsisches Verwaltungsorganisationsgesetz – SächsVwOrgG\)](#) vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 140) geändert worden ist, mit Zustimmung der Staatsregierung,
2. § 7 Abs. 1 des [Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz \(SächsSchKGAG\)](#) vom 13. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 330) im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen:

**§ 1  
Förderbehörde**

Zuständig für die Förderung von Beratungsstellen nach § 6 des [Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz](#) ist die Landesdirektion Sachsen. <sup>2</sup>

**§ 2  
Verfahren**

(1) Die Förderung erfolgt auf der Grundlage dieser Verordnung, nach § 6 des [Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz](#) und nach den allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der [Sächsischen Haushaltsordnung](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. April 2015 (SächsGVBl. S. 349) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und der dazu erlassenen [Verwaltungsvorschriften](#).

(2) Der Förderantrag soll von der Beratungsstelle bis zum 31. Oktober des dem Förderzeitraum vorangehenden Jahres bei der Förderbehörde eingereicht werden. Neben einem Finanzierungsplan, der summarisch alle Personalkosten, alle Sachkosten und alle Einnahmen und Eigenmittel ausweist, ist die Kalkulation der Personalkosten für Beratungsfachkräfte vorzulegen.

(3) Bis zum 31. März des Folgejahres ist die sachgerechte Verwendung der Fördermittel von den Trägern der Beratungsstellen nachzuweisen. Soweit der Nachweis der sachgerechten Verwendung nicht erbracht wird, sind die Mittel zurückzuerstatten. <sup>3</sup>

**§ 3  
Einzugsgebiete**

Einzugsgebiete im Sinne von § 6 Absatz 1 Satz 1 des [Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz](#) sind die Landkreise und Kreisfreien Städte. <sup>4</sup>

**§ 4  
Höhe der Landesförderung**

Die Förderhöhe für ein Jahr beträgt pro Vollzeitäquivalent 55 000 Euro als Festbetragsfinanzierung. <sup>5</sup>

**§ 5  
Leistungsbezogene Förderung**

(1) Die Förderbehörde bestimmt jährlich für das Folgejahr die Anzahl der jeweils für den Freistaat Sachsen nach § 6 Absatz 2 Satz 1 des [Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz](#) erforderlichen Vollzeitäquivalente. Grundlage ist der Bevölkerungsbestand am 31. Dezember des vergangenen Jahres. Die nach

Satz 1 festgelegte Anzahl wird für die Aufgaben gemäß

1. § 2 Absatz 1 Nummer 7 des **Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz** insgesamt um drei Vollzeitäquivalente in bis zu fünf Pränataldiagnostik-Fachberatungsstellen und
2. § 2 Absatz 1 Nummer 8 des **Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz** insgesamt um weitere zwei Vollzeitäquivalente

erhöht.

(2) Die Förderbehörde legt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz und unter Berücksichtigung von § 6 Absatz 1 des **Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz** die Anzahl der im Folgejahr geförderten Vollzeitäquivalente der einzelnen Beratungsstellen fest.

(3) Ergibt sich für das Folgejahr eine geringere Anzahl nach Absatz 1 Satz 1 als im laufenden Jahr, ermittelt die Förderbehörde die Auslastungsquoten aller Beratungsstellen und benennt die Beratungsstellen mit den niedrigsten Auslastungsquoten. Die Auslastung wird auf der Grundlage des Berichts gemäß § 7 Absatz 2 des **Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz** nach der Anlage ermittelt.<sup>6</sup>

## **§ 6 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft, mit Ausnahme von § 2 Abs. 2, der am Tag nach seiner Verkündung in Kraft tritt.

Dresden, den 23. Dezember 2008

**Die Staatsministerin für Soziales  
Christine Clauß**

**Anlage  
(zu § 5 Abs. 3 Satz 2)<sup>7</sup>**

### **Berechnungsgrundlage für die Auslastung einer Schwangerschafts- oder Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle**

#### **I. Begriffe**

Supervision ist eine Form geleiteter, prozessorientierter, berufsbezogener Beratung. Die Anleitung findet durch einen erfahrenen Fachmann statt, der über besondere Kompetenzen für diese Arbeit verfügt. In der Regel wird diese Beratung in Gruppen durchgeführt.

Schwangerschaftskonfliktberatung ist gemäß § 219 **StGB** erforderlich, damit ein Schwangerschaftsabbruch straffrei durchgeführt werden kann. Eine Schwangerschaftskonfliktberatung umfasst Konfliktklärung hinsichtlich der emotionalen, seelischen, partnerschaftlichen und lebensplanerischen Aspekte von Elternschaft beziehungsweise eines Schwangerschaftsabbruchs, Informationen über staatliche und andere Sozialleistungen und Unterstützungen, Aufklärung hinsichtlich eines operativen oder medikamentösen Eingriffs und über Kosten und Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruchs sowie Erläuterung der Rechtsgrundlage.

Psychologische/psychosoziale Beratungen sind Beratungen zu den Informationen gemäß § 2 **Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG)**.

Präventionsveranstaltungen sind Veranstaltungen, die Informationen über vorbeugende Maßnahmen, insbesondere Angebote zu Fragen der Partnerschaft, Sexualaufklärung, Familienplanung und Schwangerschaft sowie der Schutzwürdigkeit des ungeborenen Lebens geben, um ein unerwünschtes Ereignis oder eine unerwünschte Entwicklung zu vermeiden.

Vernetzungsarbeit ist das Arbeiten in einem Geflecht von Beziehungen zu anderen Personen in verschiedenen Einrichtungen und Behörden, um rasch weitere Informationen oder Hilfen für Ratsuchende zu erhalten oder um Krisensituationen zu vermeiden oder zu bewältigen.

#### **II. Basiswerte**

## 1. Aufwand für Weiterbildung

Für Weiterbildung können maximal 2 400 Minuten pro Vollzeitäquivalent pro Jahr angerechnet werden. Eine Zusatzqualifikation für die Schwangerschaftskonfliktberatung wird zusätzlich angerechnet, indem sie von der Jahresarbeitszeit abgezogen wird.

abhängig von der tatsächlichen Durchführung

## 2. Aufwand für Supervision

Für Supervision können maximal 1 800 Minuten pro Vollzeitäquivalent pro Jahr angerechnet werden

abhängig von der tatsächlichen Durchführung

## 3. Durchschnittlicher Zeitbedarf

- |   |               |
|---|---------------|
| a) für ein Gespräch zur Schwangerschaftskonfliktberatung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 SächsSchKGAG ohne Beratung nach Buchstabe d  | 90 Minuten    |
| b) für ein Gespräch zur Beratung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 1 SächsSchKGAG ohne Beratung nach Buchstabe d einschließlich einer Beratung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 6 SächsSchKGAG | 90 Minuten    |
| c) bei einer Beratung im Rahmen eines Hausbesuches zusätzlich zu den Buchstaben b und d   | 60 Minuten    |
| d) bei psychologischer/psychosozialer Beratung  |               |
| aa) als Einzelberatung  | 75 Minuten    |
| bb) als Paarberatung  | 105 Minuten   |
| e) für eine Präventionsveranstaltung gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 4 SächsSchKGAG   | 240 Minuten   |
| f) für einen Beratungsfall zur vertraulichen Geburt gemäß Abschnitt 6 SchKG   | 1 800 Minuten |

## 4. Aufwand für

- |  |               |
|--|---------------|
| a) Mitarbeit in lokalen Netzwerken, die dem Kinderschutz dienen gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 8 SächsSchKGAG pro Vollzeitäquivalent pro Jahr               | 2 375 Minuten |
| b) sonstige Vernetzungsarbeit pro Vollzeitäquivalent pro Jahr einschließlich Vernetzung zum Verfahren der vertraulichen Geburt gemäß Abschnitt 6 SchKG | 3 960 Minuten |

**III. Berechnung der Gesamtjahresarbeitsleistung**

Die Gesamtjahresleistung einer Beratungsstelle wird als Summe aus folgenden Positionen ermittelt:

1. Summe der absolvierten Weiterbildungszeiten pro Beratungsstelle
2. Summe der durchgeführten Supervisionszeiten pro Beratungsstelle
3. Anzahl der Schwangerschaftskonfliktberatungsgespräche gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 2 SächsSchKGAG multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe a
4. Anzahl der Beratungsgespräche multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe b
5. Anzahl der Hausbesuche multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe c
6. Anzahl der psychologischen/psychosozialen Beratungsgespräche
  - a) als Einzelberatung multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe d Doppelbuchstabe aa
  - b) als Paarberatung multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe d Doppelbuchstabe bb
7. Anzahl der Präventionsveranstaltungen multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe e
8. Anzahl der Beratungsfälle zur vertraulichen Geburt gemäß Abschnitt 6 SchKG multipliziert mit Ziffer II Nummer 3 Buchstabe f
9. Anzahl der Vollzeitäquivalente multipliziert mit Ziffer II Nummer 4 Buchstabe a
10. Anzahl der Vollzeitäquivalente multipliziert mit Ziffer II Nummer 4 Buchstabe b.

**IV. Auslastungsberechnung**

Die durchschnittliche Jahresarbeitsleistung ist die Anzahl der Arbeitstage pro Jahr multipliziert mit 480 Minuten.

Der Sollbedarf an Vollzeitäquivalenten pro Beratungsstelle wird als Quotient aus Gesamtjahresleistung und Jahresarbeitsleistung gebildet.

Die Auslastung wird als Quotient aus dem Sollbedarf an Vollzeitäquivalenten pro Beratungsstelle und dem tatsächlichen Umfang der geförderten Vollzeitäquivalente ermittelt.

---

1 Überschrift geändert durch Artikel 17 der Verordnung vom 14. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 760)

- und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
- 2 § 1 geändert durch [Artikel 17 der Verordnung vom 14. Dezember 2012](#) (SächsGVBl. S. 753, 760) und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
  - 3 § 2 geändert durch [Artikel 17 der Verordnung vom 14. Dezember 2012](#) (SächsGVBl. S. 753, 760), durch [Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2013](#) (SächsGVBl. S. 497) und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
  - 4 § 3 geändert durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
  - 5 § 4 geändert durch [Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2013](#) (SächsGVBl. S. 497) und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
  - 6 § 5 geändert durch [Artikel 17 der Verordnung vom 14. Dezember 2012](#) (SächsGVBl. S. 753, 760), durch [Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2013](#) (SächsGVBl. S. 497) und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
  - 7 Anlage geändert durch [Artikel 1 der Verordnung vom 21. Juni 2013](#) (SächsGVBl. S. 497) und durch [Verordnung vom 15. Oktober 2015](#) (SächsGVBl. S. 630)
- 

### **Änderungsvorschriften**

Änderung der Verordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz

Art. 17 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 760)

Änderung der Verordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz

Art. 1 der Verordnung vom 21. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 497, 497)

Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Änderung der Verordnung über die Förderung von Beratungsstellen nach dem Sächsischen Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz

vom 15. Oktober 2015 (SächsGVBl. S. 630)